



**Deutscher
Sonderweg**

**Dokumentation des Dialogs
„Welche Fiskalpolitik in der Krise?“
Berlin, 03.07.2017**

Inhalt

Über die Dialog-Reihe „Deutscher Sonderweg?“	2
Der Dialog „Welche Fiskalpolitik in der Krise?“	3
Auswertung der Dialog-Diskussion.....	5
1. Regeln der Fiskalpolitik.....	5
2. Wirkungen von Spar- und Austeritätspolitik in der Krise.....	8
3. Die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen	11
4. Die wirtschaftliche Situation in Deutschland	14
5. Investitionen und Verteilungsfragen.....	18
6. Ideen für die zukünftige Fiskalpolitik Europas und weitere Integrations Schritte	21
7. Konsenskorridore	26
8. Abschließende Betrachtung zur These des Deutschen Sonderwegs	26
Annex I: Agenda.....	i
Annex II: Übersicht der vertretenen Institutionen.....	ii



**HUMBOLDT-VIADRINA
Governance Platform**

Über die Trialog-Reihe „Deutscher Sonderweg?“

Der Trialog zum Thema „Welche Fiskalpolitik in der Krise?“ war die zweite Veranstaltung der Reihe „Deutscher Sonderweg? – Eine Standortbestimmung der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland“. Das Projekt ist eine gemeinsame Initiative der Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft, des Forschungsinstituts für gesellschaftliche Weiterentwicklung, der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform, der Universität Siegen und des Institute for New Economic Thinking (INET). Die Finanzkrise von 2008 konnte die politikberatende Ökonomie nicht ausreichend erkennen, auch fehlte es zunächst an angemessenen Erklärungen für ihre Dynamiken und Ursachen. Die Zuverlässigkeit der Wirtschaftswissenschaften erlitt seither im politischen Raum einen Vertrauensverlust. Auch bestehen Zweifel, ob die dominanten wirtschaftswissenschaftlichen Perspektiven ausreichen, zur Lösung anstehender gesellschaftlicher Herausforderungen beizutragen.

Als Diskussionsimpuls wurde für die Einladung zur Reihe eine These formuliert: Seit mehreren Jahrzehnten ist die neoklassische Schule der theoretische Kern einer dominanten wirtschaftstheoretischen Lehre in Wissenschaft und Politik. Insbesondere in Deutschland gilt an den Universitäten die neoklassische Perspektive als unanfechtbares Paradigma. Dies wirkt sich auch in der Politikberatung aus, wo sich die akademische Neoklassik mit Einsprengseln aus der ordoliberalen Tradition und anderen Theorieansätzen zu einem spezifisch deutschen Mainstream vermengt.

Die internationale Entwicklung ist in den Wirtschaftswissenschaften, vor allem aber in der Politikberatung, pluraler als es in Deutschland wahrgenommen wird. Immer mehr Forscherinnen und Forscher wenden sich Ansätzen zu, in denen historische, soziologische und philosophische Aspekte mehr Raum einnehmen; immer mehr internationale Organisationen wie die OECD oder der IWF kommen zu divergenten wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen. Die Entwicklung in Deutschland wird zunehmend als deutscher Sonderweg angesehen.

In den einzelnen Trialogen der Reihe werden Perspektiven innerhalb der deutschen Wirtschaftswissenschaften und in der politikberatenden Ökonomie über die Prämissen und Ausrichtung des Fachs in einen Austausch gebracht. Dabei sollen Ansätze der Mainstream-Ökonomie ebenso zu Wort kommen, wie heterodoxe Positionen. Im Zentrum steht dabei weniger die Frage welche ökonomische Theorie die Realität besser darstellt und welche wirtschaftspolitischen Instrumente zielführender sind, sondern weshalb es überhaupt einen deutschen Sonderweg gibt. Dazu tauschen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler transdisziplinär mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft zu wichtigen Themen der aktuellen Wirtschaftspolitik aus.

Ziel der Trialog-Reihe ist es, eine Öffnung für mehr Pluralität in den Wirtschaftswissenschaften durch Einbezug aller relevanten Stakeholder und durch die Herstellung von Perspektivenvielfalt zu befördern.

Über das Trialog-Konzept

Trialoge organisieren eine gemeinwohlorientierte Verständigung von Stakeholdern aus Politik, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft sowie Wissenschaft. Im Rahmen der eintägigen Veranstaltungen bringen sie durch eine Vielzahl von Akteuren unterschiedliche und oft auch antagonistische Positionen zusammen. In Anlehnung an das Habermas'sche Diskursmodell sollen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer intensiv mit den unterschiedlichen vorgebrachten Perspektiven

auseinandersetzen und ihre Positionen im Rahmen einer verständigungsorientierten Moderation begründen und an andere Positionen anknüpfen. Um einen gelungenen Austausch zwischen allen anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu ermöglichen, sollte die maximale Personenanzahl pro Trialog fünfzig nicht überschreiten.

Die Trialoge schaffen unter Beachtung der Chatham House Rule und einer erfahrenen Moderation einen vertraulichen Raum, in dem alle Positionen und Anliegen Eingang in die Diskussion finden – unabhängig von divergierenden Machtpositionen. Im Anschluss an die Trialog-Veranstaltung werden die unterschiedlichen Argumente anhand des Diskussionstranskripts mit Ansätzen aus der qualitativen Sozialforschung analysiert und unterschiedliche Positionen und wo möglich Gemeinsamkeiten identifiziert. So können Grundkonsenskorridore aufgezeigt werden, die allgemein akzeptierbare Lösungen zu gesellschaftlichen Herausforderungen vorbereiten können. Die Analyse der Trialoge zeigt Entscheidungsalternativen und ihre jeweiligen Implikationen auf.

Der Trialog „Welche Fiskalpolitik in der Krise?“

Der Trialog am 03. Juli 2017 war die zweite Veranstaltung der Reihe „Deutscher Sonderweg? – Eine Standortbestimmung der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland“. Das positive Wachstum in Deutschland im europäischen Vergleich und die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt scheinen diejenigen Stimmen zu bestätigen, die in einer restriktiven Fiskalpolitik kein Problem oder sogar eine Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung sehen.

Zugleich wird Deutschland von vielen nationalen und internationalen Akteuren ein Investitionsrückstau trotz eines Niedrigzinsumfeldes diagnostiziert, der auch zu einer Schrumpfung des öffentlichen Kapitalstocks führt. Schon lange stellen ausländische Ökonomen und internationale Institutionen die Politik der „schwarzen Null“ und die deutsche Schuldenbremse in Frage, in jüngster Zeit wird über die Sinnhaftigkeit dieser Politik auch im Inland diskutiert.

Das Beharren auf Austeritätspolitik innerhalb der Eurozone hat zusätzlich zu erheblichen politischen Konflikten geführt. Es ist unklar, ob die jüngste Erholung in einigen Krisenländern wegen, trotz oder durch die Umgehung der Austeritätspolitik erfolgt ist.

Welche makroökonomische Begründung liegt der Austeritätspolitik zugrunde und wie ist die Kritik an der Sparpolitik in Deutschland sowie im Euroraum zu beurteilen? Ist die Schuldenbremse in Deutschland ein tragfähiges Modell auch für andere Länder oder verhindert sie notwendige Investitionen? Trägt Austeritätspolitik im Euroraum zur Bewältigung der Krise bei oder erschwert sie deren Lösung? Die deutsche Fokussierung auf die „schwarze Null“ wurde in diesem Trialog auf ihre paradigmatische Basis hin überprüft und mit konkurrierenden Positionen verglichen.

Weitere Fragen dienten zur Orientierung in der Trialog-Diskussion:

- Sparen um jeden Preis? Worin bestehen Risiken der staatlichen Haushaltsdisziplin, wie bleibt politische Handlungsfähigkeit erhalten und wie werden Investitionslücken geschlossen?
- Verschärft die deutsche Austeritätspolitik die Krise in Europa oder ist sie ein Lösungsweg? Wie ist die Kritik zu beurteilen, dass der deutsche Sonderweg zu einem massiven Vertrauensverlust in die Europäische Union beigetragen hat?
- Welche fiskal- und geldpolitischen Perspektiven braucht ein zukunftsfähiges Europa? Was bedeutet eine Abkehr vom Freihandel nach Brexit, US-Wahl und dem absehbaren Ende von

TTIP für die deutsche Exportorientierung? „Erledigt“ sich der deutsche Sonderweg von selber, wenn der Außenhandel von einem wachsenden Protektionismus getroffen wird?

Ablauf der Veranstaltung und Inputgeber

Mit der Ausrichtung der Dialog-Reihe auf die Wirtschaftswissenschaften und die Wirtschaftspolitik wurden die Inputgebenden entsprechend entlang dieser beiden Stakeholder-Gruppen eingeladen. Die Inputs dienten der Diskussion als Impulse und stellten unterschiedliche Positionen auf das Thema vor.

Am Vormittag sprachen Inputgeber aus Wissenschaft und aus Staat und Politik, bevor die Diskussion für das gesamte Plenum eröffnet wurde. Am Nachmittag erweiterte ein weiterer Vortrag aus der Wissenschaft die Perspektivenvielfalt. Nach einer weiteren Plenumsdiskussion wurden zwei Workshops gebildet, die die Ergebnisse des Tages zusammenführten und Implikationen für die Wirtschaftswissenschaften und die Politikberatung diskutierten.

Als Vormittag sprach als Vertreter der Wissenschaft **Prof. Dr. Achim Truger**. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln und promovierte dort am Seminar für Finanzwissenschaft. Von 1999 bis 2012 leitete er das Referat „Steuer- und Finanzpolitik“ zunächst im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut dann am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf. Seit 2012 ist er Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin. 2015 gewann er den „Progressive Economy Call for Papers“ in der Kategorie „Alternatives to Austerity“ der Sozialdemokratischen Fraktion des Europaparlamentes.

Für die Stakeholder-Gruppe Politik sprach **Helmut Herres** vom Bundesministerium der Finanzen. Helmut Herres erwarb akademische Abschlüsse in Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. Er arbeitete neun Jahre im Bundesministerium für Wirtschaft und leitete dort das Referat für „Europäische und internationale Währungspolitik“. Nach seinem Wechsel 1998 in das Bundesministerium der Finanzen, war er unter anderem an der Reform der verfassungsrechtlichen Fiskalregeln und der Einführung der Schuldenbremse beteiligt. Im August 2014 wurde er zum Leiter der Unterabteilung für „Grundsatzfragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik“ ernannt.

Für die Wissenschaft sprach am Nachmittag **Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker**. Er studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und promovierte und habilitierte als Ökonom an der Universität Basel. Er lehrte in Heidelberg, Bonn, Bielefeld, Bern und Köln sowie am Massachusetts Institute of Technology. In den Jahren 1982–1988 war er Mitglied im Kronberger Kreis, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft. Zudem war er von 1989 bis 1998 Vorsitzender der deutschen Monopolkommission. Bis zu seiner Emeritierung im Jahre 2003 war er Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts in Köln. Zu seinen wissenschaftlichen Schwerpunkten gehören vor allem die Wettbewerbstheorie und Fragen der Wohlstandsökonomie. Inzwischen ist er Senior Research Fellow am Max-Planck-Institut zur Erforschung der Gemeinschaftsgüter in Bonn.

Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der HVGP, führte in die Veranstaltung ein. Die Moderation des Dialogs erfolgte durch Dr. Peter W. Heller, Gesellschafter der HVGP. Am Dialog nahmen 34 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 25 Institutionen statt (siehe Annex II).

Auswertung der Trialog-Diskussion

Die Trialogveranstaltungen werden über Tischmikrofone aufgezeichnet und transkribiert. Die anschließende Codierung des Transkripts mit MAXQDA sowie die inhaltliche Zusammenstellung der Codes nach Diskussionsthemen (inklusive Kontroversen, neuen Ideen etc.) orientiert sich an der Dokumentarischen Methode und verbleibt dabei bei der ersten Stufe dieser Methode, der formulierenden Interpretation. Bei der Codierung werden die Aussagen zu Themen verschlagwortet. Die Auswahl und Systematisierung ergibt sich aus den im Trialog behandelten Themen und wird von Personen durchgeführt, die am Trialog teilgenommen haben. Die ermittelten Codes werden anschließend anonymisiert und thematisch gebündelt. Diese Themenbündelungen werden ihrerseits noch einmal gewichtet und in Unterthemen sortiert. Anschließend erfolgt eine Interpretation der Zitate, um eine einheitliche Textform zu erreichen. Dabei wird nah an den ursprünglichen Formulierungen gearbeitet, um den Sinngehalt nicht zu verzerren. Im Anschluss an die einzelnen Themenblöcke wird - wenn das Textmaterial es ermöglicht - in der Auswertung schließlich ein explizit interpretativer Teil formuliert, in der je nach ursprünglicher Zielsetzung des Trialogs relevante Erkenntnisse synthetisiert werden.

Diese Auswertung beansprucht keine umfassende und lückenlose Dokumentation der Diskussion. Es werden vielmehr die unterschiedlichen Perspektiven dokumentiert, die von den Teilnehmenden im Trialog genannt und diskutiert wurden und Vorschläge für mögliche Konsenskorridore gemacht.

Die Schwerpunkte der Diskussion waren:

- Regeln der Fiskalpolitik
- Wirkungen von Spar- und Austeritätspolitik
- Die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen
- Die wirtschaftliche Situation Deutschlands
- Investitionen und Verteilungsfragen
- Ideen für die zukünftige Fiskalpolitik Europas

1. Regeln der Fiskalpolitik

1.1. In Deutschland: Goldene Regel vs. Schuldenbremse

Vor zehn Jahren als die Schuldenbremse als Reform für das Grundgesetz (GG) diskutiert wurde, gab es zwei konkurrierende Modelle für verfassungsrechtliche Fiskalregeln:

Die Modifikation der goldenen Regel¹: Im alten Artikel 115 GG war die goldene Regel seit Ende der 60er Jahren bereits angelegt. Die Reform hätte vor allen Dingen die Bereinigung und die Abschreibung neu geregelt.²

¹ Als Goldene Regel der Finanzpolitik bezeichnet man eine Regel zur Rechtfertigung einer Erhöhung der öffentlichen Verschuldung. Die goldene Regel besagt, dass ein Anstieg der öffentlichen Verschuldung nur in dem Maße hingenommen werden darf, wie mit ihr gleichzeitig ein mindestens ebenso großer Anstieg des öffentlichen Netto-Vermögens einhergeht.

² In der Staatspraxis wurden Abschreibungen fälschlicherweise nicht berücksichtigt, also die Bruttoinvestitionen anstelle der Nettoinvestitionen der Nettoneuverschuldung gegenübergestellt und damit eine höhere Verschuldung zugelassen, als nach der „Goldenen Regel“ erlaubt war.

- Die goldene Regel wurde nicht weiterverfolgt, weil das Finanzministerium keinen deutschen Sonderweg gehen wollte. Die Argumentation lautete: Wenn in Deutschland die Haushaltsregeln auf Verfassungsebene reformieren werden, dann dürfen diese nicht von dem abweichen, was in Europa vor 10 Jahren gemeinsam verabschiedet wurde, nämlich die Limitierung der strukturellen Defizite. Die europäischen Regeln hatten die goldene Regel bewusst abgelöst, weil eingesehen wurde, dass sie es nicht geschafft hat, die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen zu sichern. Auch in Deutschland ist seit Ende der 60er Jahre mit dem alten Artikel 115 GG die Staatsverschuldung in Relation zum Volkseinkommen kontinuierlich angestiegen. Das heißt es war empirisch nachgewiesen, dass die goldene Regel das Ziel einer langfristigen Tragfähigkeit der Staatsfinanzen nicht gewährleistet. Die goldene Regel hat auch nicht dafür gesorgt, Investitionen zu fördern. Während der Geltungszeit des alten Artikel 115 GG waren die öffentlichen Investitionen in Deutschland deutlich niedriger, als seit Einführung der Schuldenbremse. Denn ob der Staat investiert oder nicht, hängt nicht von Regelungen im Grundgesetz ab, sondern von der Haushaltssituation. Wenn eine Konsolidierungs-Notwendigkeit besteht und eben keine solide Ausgangssituation, dann werden die Investitionen gekürzt. Dies ist die weiche Stelle, da keine Gesetze geändert werden müssen, um Ausgaben zu kürzen. Genauso ist es in der Vergangenheit trotz goldener Regel im Grundgesetz gewesen.

Die Schuldenbremse: Sie entspricht den Haushaltsregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die in den 90er Jahren verabschiedet wurden.

- Die schwarze Null im Bundeshaushalt oder die Schuldenbremse im Grundgesetz sind nicht gleichzusetzen mit Austeritäts- oder Sparpolitik, denn die schwarze Null bedeutet, dass in einem Jahr netto keine Kreditsumme aufgenommen wird. Die Null-Netto-Kreditaufnahme sagt hingegen nichts über das Niveau oder das Wachstum der Staatsausgaben. Bei der schwarzen Null komme es darauf an, welche konjunkturelle Situation gerade besteht und wie hoch das Ausgangsdefizit ist. Wenn wie in Deutschland die Grenzwerte schon erreicht sind, dann gibt es sogar möglicherweise Spielräume und die Schuldenbremse greift nicht.
- Die Schuldenbremse nimmt bewusst Abstand davon, dem Gesetzgeber, den Regierungen und Parlamenten einer jeweiligen Legislaturperiode Restriktionen für die Gestaltung der Staatsausgaben aufzuerlegen. Es wurde sich darauf beschränkt mit der Reform des Grundgesetzes und der Festschreibung der Schuldenbremse nur die Nettokreditaufnahme zu begrenzen. Es wird als ein legitimes Anliegen einer Verfassungsregel angesehen, dass die Regierungen und Parlamente einer Legislatur künftige Generationen und ebenso künftige Generationen von Politikerinnen und Politikern nicht durch ihr heutiges Handeln in Haftung nehmen können.
- Für die Schuldenbremse wurde die Analogie eines Autopiloten verwendet. Es wurden Bedenken geäußert, dass zukünftige Generationen in ihren Entscheidungsbefugnissen und Spielräumen in der Fiskalpolitik in Zukunft durch die Schuldenbremse dramatisch eingeschränkt würden.
- Dagegen wurde argumentiert, dass im Konzept der Schuldenbremse die Konjunkturabhängigkeit der Staatsausgaben und der Nettokreditaufnahme mitgedacht ist. Im Einklang mit der keynesianischen Theorie werden in einer Rezession die automatischen Stabilisatoren im Sinne einer erhöhten Nettokreditaufnahme toleriert und diese bewusst als

Konjunkturstabilisator eingesetzt. Dies ist Teil des Konzepts der Schuldenbremse. Das Problem einer keynesianischen Anwendung in der Vergangenheit war stets, dass in guten Zeiten die Schulden nicht abgebaut wurden. Hier gab es in der Politikgestaltung eine asymmetrische Wirkung, die zum Teil auch in die Verschuldung geführt hat.

- Dennoch wurde kritisiert, dass die Schuldenbremse rein fiskalisch konzipiert sei. Deutschland nehme jedes Jahr einen massiven Verlust an Sozial- und Naturkapital hin. Dies spiele bei der Schuldenbremse keine Rolle. *„Diese Scheuklappen sind völlig kontraproduktiv für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, in einer Zeit, in der wir sowohl für die Klimaanpassung, wie für die Vorsorge, erheblich mehr Mittel aufwenden müssen als bisher. Es ist zu eng gedacht, nur auf die Zukunftsfähigkeit des Haushaltes zu schauen.“*
- Die im Grundgesetz festgelegte Schuldenbremse hat eine Ausnahmeklausel. Diese Klausel besagt, dass im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, die Kreditobergrenzen auf Grund eines Beschlusses der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages überschritten werden können. Dabei blieben die Teilnehmenden in der Diskussion uneinig, ob die Anpassungen an den Klimawandel als Naturkatastrophe oder außergewöhnliche Notsituation gewertet werden können bzw. die Erhaltung des Sozial- und Naturkapitals unter diese Regel fallen würden, denn hierbei handelt es sich nicht um Notsituationen als vielmehr um bereits absehbare Veränderungen, die systemischer Anpassungen bedürfen.

1.2. In Europa: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt

- Es wurde in Frage gestellt, ob nach der Finanzkrise der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt immer noch zum Mainstream in der Finanz- und Wirtschaftspolitik zählt, weil sich vieles nach der historischen Situation 2008 verändert hätte. Daraufhin wurde betont, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in den 20 Jahren seines Bestehens mehrfach reformiert wurden. Auch aus der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden Lehren gezogen, am Stabilitäts- und Wachstumspakt wird aber festgehalten. Die Begrenzung des strukturellen Defizits sei weiterhin als Mainstream einzuordnen.
- Es wurde die Meinung vertreten, dass fast alle Länder die Konsolidierungsaufgaben recht gut geschafft hätten. Nur noch drei Länder (von zukünftig 27 EU-Mitgliedstaaten, Großbritannien ausgenommen) befinden sich im Defizitverfahren, im sogenannten „korrektiven Arm“ des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, und bekommen regelmäßig konkrete Handlungsempfehlungen der EU-Kommission: Spanien, Frankreich und Griechenland. Daher sei die Eurozone aus dem Krisenmodus sehr weit raus.

1.3. Regelgebundenheit – gut oder schlecht?

- In Bezug auf die Analogie der Schuldenbremse als Autopiloten wurde dafür plädiert, aus politökonomischen Gründen ein hohes Maß an Regelgebundenheit für die Fiskalpolitik anzustreben. Es sei demokratisch, sich auf gemeinsame Regeln zu verständigen, um die Spielräume für folgende politische Entscheidungen hinsichtlich der Staatsverschuldung so weit wie möglich einzuschränken. Eine andere Frage sei die Ausgestaltung der Regeln.

- Welche Regeln sind sinnvoll? Es wurde vorgeschlagen, dass sich Regeln auf Ausgabenpfade beschränken sollten, die nicht-konjunkturabhängig sind. Diese sind sinnvoll, weil sie auch eingehalten und kontrolliert werden können. Sozialausgaben seien hingegen keine passende Zielgröße, denn diese schwanken im Konjunkturablauf und sind für den Staat nicht kontrollierbar.
- Die Defizitorientierung der Fiskalregeln wurde als Problem betrachtet, weil das Budgetdefizit - das tatsächliche oder das strukturelle – nicht kontrollierbar ist. Der Staat könne versuchen, die Richtung zu beeinflussen, aber er kann aufgrund von Rückwirkungen Defizitziele nicht punktgenau erreichen. Davon abgesehen sei die Position derer nicht konsistent, die hinsichtlich der punktgenauen Erreichbarkeit von Fiskaldefizit-Zielen optimistisch sind, aber gleichzeitig bei der Frage, ob man ein Gleichgewicht der Leistungsbilanz einhalten kann, sehr pessimistisch sind. Beide Phänomene hängen statistisch und dem Wesen nach zusammen.
- Damit die Regelorientierung der Zukunftsfähigkeit und dem Thema Generationengerechtigkeit Rechnung trägt, ist es wichtig, die planetaren Grenzen mitzudenken. In diesem Sinne wurde ein Vorschlag vorgebracht, dass Deutschland ein neues Paradigma auf den Weg bringen sollte: statt der schwarzen Null eine grüne Null anzustreben. Denn da sei auch „Deutschland noch ganz klar in den roten Zahlen.“
- Im Zusammenhang der Diskussion über regelgebundene Politik wurde auch über politische Verantwortung gesprochen. Ein Diskutant vertrat die Meinung, dass nicht die Technokraten oder Mitglieder eines Fachrates, sondern die Politiker in Bundestag und Bundesrat Verantwortung für Gesetze tragen, weil sie dafür demokratisch legitimiert sind. Als Gegenposition wurde angeführt, dass Technokraten eine hohe politische Verantwortung tragen. Sie wüssten über Implikationen von scheinbar technokratischen Lösungen sehr genau Bescheid. Sie hätten zudem einen ganz entscheidenden Einfluss auf die Politik und auf den Minister. Viele Politikerinnen und Politiker sind hingegen keine Experten auf dem Gebiet, über das sie abstimmen.

2. Wirkungen von Spar- und Austeritätspolitik in der Krise

2.1 Austeritätspolitik und Strukturreformen

- Im Trialog wurde betont, dass der Begriff Austerität mit Bedacht gewählt werden sollte. Nicht jede Kürzung sei als Austerität zu bezeichnen. Diese meint hingegen die „radikale Rückschraubung des Defizits nahe Null.“
- Es wurde die These geäußert, dass Deutschland keine Austeritätspolitik betrieben habe, auch wenn Konsolidierungsmaßnahmen auf Kosten des Wachstums durchgeführt wurden. Für Europa hingegen waren sich viele Teilnehmende einig, dass von Austeritätspolitik gesprochen werden könne, weil für viele Länder das Ziel bestand das strukturelle Haushaltsdefizit binnen weniger Jahre auf Null zurück zu fahren, ansonsten drohten Sanktionen. Dabei hatten die betroffenen Länder - von einem Defizit von häufig 7-12 Prozent kommend – „rabiante Kürzungspolitik“ umsetzen müssen.

2.2 Theoretische Überlegungen

- Im Dialog wurden unterschiedliche Theorien vorgestellt. Die einzelnen Theorien sind in sich komplex und Theorien und Paradigmen können sich widersprechen.

A) Perspektive Neoklassik

- Einem neoklassischen Paradigma folgend, kann man die in Europa betriebene Politik des Sparens in der Krise rechtfertigen.
- Die modernste Ausprägung der Theorie ist das Ricardo-Barro-Äquivalenz oder „nicht-keynesianische Effekte“: Die Annahme ist, dass die Menschen bzw. die Wirtschaftssubjekte sehr stabile Erwartungen und eine ganz bestimmte Idee von der Wirtschaft haben. Wenn ein verschuldeter Staat das Defizit zurückführt, dann sehen diese Individuen, dass in der Zukunft eine geringere Zinslast anfallen wird und dass sie daher eine geringere Schuldenlast zu tragen haben werden. Diese positive Erwartung veranlasst sie heute schon dazu, mehr zu konsumieren oder mehr zu investieren, wodurch der negative Impuls der wegbrechenden Nachfrage, der eigentlich aufgrund der Einkommenskürzungen zu erwarten ist, kompensiert wird.
- Wenn zudem Zweifel an der Tragfähigkeit von Staatshaushalten bestehen, so wie aktuell in der Eurozone, kann man nicht mit zusätzlicher kreditfinanzierter Staatsausgabentätigkeit die Nachfragerlücke schließen. Man würde das Gegenteil erreichen. Die Schließung der Nachfragerlücke ist ein richtiges keynesianisches Konzept, was auch in der Schuldenbremse und im Stabilitäts- und Wachstumspakt berücksichtigt ist, aber es funktioniert umso besser nach diesem keynesianischen Politikansatz der Nachfragestabilisierung, je weniger Zweifel an der langfristigen Tragfähigkeit existieren.

B) Perspektive Keynesianismus

- Der neoklassischen Perspektive steht die keynesianische Sichtweise oder moderne Untervarianten entgegen: Wenn der Staat kürzt, dann brechen Einkommen und die Nachfrage weg. Das führt über Multiplikator-Effekte dazu, dass die Wirtschaft tiefer in die Krise rutscht und die Konsolidierung möglicherweise nicht gut vorankommt. In der Krisenpolitik leiden die öffentlichen Investitionen als erstes, weil sie die wesentlich disponible Ausgabenkategorie sind. Dies zeigt sich in allen Krisenstaaten: die öffentlichen Investitionen sind zusammengebrochen bzw. die Netto-Investitionen sind negativ, das heißt, der öffentliche Kapitalstock schrumpft.
 - Auch post-keynesianische Ansätze betonen die Notwendigkeit von Strukturreformen. Es geht hier aber um die Frage, wann sie am besten durchgesetzt werden: in Zeiten von Krisen, wenn sie leichter durchzusetzen sind oder bei Wachstum, weil dann Verteilungskämpfe abgemildert werden? Die keynesianische Kritik richtet sich darauf, dass die Konsolidierung in den Krisenländern zu schnell erfolgt ist, man den Ländern zu viel abgefordert hat und die Bevölkerung dabei nicht mitgenommen werden konnte. Dies führe insgesamt zu noch mehr Strukturproblemen.
- Es gibt viele empirische Untersuchungen über die Wirkungen von Fiskalpolitik. Es wurde die These vertreten, dass man für das Krisenmanagement vor allem neoklassisch ausgerichtete Studien zur Kenntnis genommen hat, die von ganz geringen Effekten von Finanzpolitik ausgehen. Das führte zu der Annahme, dass sehr schnell konsolidiert werden könnte und dies

keine gravierenden wirtschaftlichen Effekte habe. Andere Sichtweisen wurden zu wenig berücksichtigt.

- Im Laufe der Krise hat sich eine Debatte über die Höhe des sogenannten Multiplikators entwickelt, also über die Stärke des Effektes, der von der Finanzpolitik ausgelöst wird. Ein entscheidender Moment war, als der damalige Chef-Volkswirt des IWF Olivier Blanchard bemängelte (Zitat nach Trialog-Protokoll): "*wir prognostizieren ständig falsch, wir machen etwas falsch, irgendwie sind unsere Konjunkturprognosen immer optimistischer als sie dann tatsächlich sich realisieren und das hängt wohl damit zusammen, dass wir irgendeinen systematischen Fehler begehen. Dieser systematische Fehler besteht darin, dass wir die Effekte der Finanzpolitik, die Höhe des Multiplikators falsch einschätzen*" Hierdurch wurde eine große Debatte ausgelöst. Die zahlreichen neuen empirischen Multiplikator-Studien kamen im Durchschnitt zu dem Ergebnis, dass der Multiplikator insbesondere in der Krise sehr hoch ist. Dies bedeutet, dass sich bei Konsolidierung im Fall einer Krise sehr starke negative Effekte ergeben.
- In Bezugnahme auf die neoklassische Perspektive wurde angemerkt, dass keine Studien bekannt seien, nach denen Haushalte ihre Erwartung über die Solidität der Staatsfinanzen tatsächlich als Basis für ihre Konsumententscheidungen nehmen.
- In Anbetracht der Pluralität der wirtschaftstheoretischen Ansätze und der empirischen Erkenntnisse hätte es mehr Skepsis gegenüber den Austeritätspolitiken geben müssen. Die schweren Nebenwirkungen der Austeritätspolitik zeigten sich schließlich deutlich in den Krisenländern. In Griechenland wurde versucht, über 20 % des BIP in wenigen Jahren zu kürzen. In Portugal, Spanien und Irland waren es immer noch um die 10 % des BIP. Wenn also der Multiplikator tatsächlich relativ hoch ist, sei es nicht verwunderlich, dass diese Staaten in eine tiefe Depression gefallen sind. Auch wenn man zunächst Austeritätspolitik präferiert eingesetzt hätte, hätte man deren Dysfunktionalität früher bemerken und einen Politikwechsel betreiben müssen. Aus dieser Perspektive wurde argumentiert, dass der aktuelle Aufschwung in einigen Krisenländern darauf zurückzuführen sei, dass man die Konsolidierung verringert habe und so eine Erholung möglich geworden sei.
- Es wurden darüber hinaus massive Zweifel geäußert, ob das, was als Strukturreform bezeichnet wird, überhaupt mit dem Arbeitsmarkt, dem wirtschaftlichen Wachstum und der Leistungsfähigkeit korreliere. Üblicherweise würden unter Strukturreformen schließlich Maßnahmen angemaht, die zum Ziel haben, den Wohlfahrtsstaat abzubauen, den Arbeitsmarkt zu deregulieren, Gewerkschaften zu schwächen z.B. durch Minderung des Kündigungsschutzes, des Deckungsgrads von Tarifverträgen, von Arbeitslosenunterstützung sowie der Höhe, Dauer und Steuerbelastung des Faktors Arbeit.
- Es sollte bei der Berechnung der Wirkungen von finanzpolitischen Maßnahmen berücksichtigt werden, dass der intendierte Kürzungsbeitrag der Staatsschuld am Ende im Verhältnis zu den Mehrausgaben durch daraus möglicherweise entstehende Ausgaben (z.B. in Form von Transferleistungen) gesehen werden sollten. Es sei plausibel anzunehmen, dass höchstens die Hälfte der Kürzungen sich am Ende auch als Defizitverringerung niederschlägt.

3. Die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen

3.1 Wie kann die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen bewertet werden?

- Ein Land, das eine souveräne nationale Währung hat und nicht in Auslandswährungen verschuldet ist, kann eigentlich kaum bankrottgehen. Hier ist letztlich der Zusammenhang zur Geldpolitik und zur EZB entscheidend: Wie auch immer die Regelungen sind, ob nationalstaatlich oder durch übergeordnete EU-Budgets, wird trotzdem immer die EZB als ‚lender of last resort‘ gebraucht, weil sie im Notfall bereit ist, die Staatsschuld zu garantieren. Wenn das nicht gegeben ist dann ist der Euro immer gefährdet.
 - Hierzu wurde ergänzt, dass entscheidend sei, was Dritte als tragfähig bzw. als solvent wahrnehmen. Deswegen betonten einige Teilnehmende, dass die europäischen bzw. deutschen Haushaltsregeln als Anker von Vertrauen, auch in die Eurozone insgesamt, gelten würden.
 - Eine andere Situation besteht in Japan. Die Verschuldungssituation ist dort schon seit 20 Jahren dramatisch. Doch Japan ist nur in heimischer Währung verschuldet. Dort ist die Bewertung durch Rating-Agenturen weniger relevant, denn es gibt keine Außenabhängigkeit.
 - Das japanische Beispiel sollte nicht das Modell der Europäischen Währungsunion sein. Die Kapitalflucht in europäischen Ländern weist darauf hin, dass im Unterschied zu Japan nicht auf die Opferbereitschaft der Bevölkerung (notfalls kollektiv für die Schulden des Landes einzustehen) vertraut werden könne. Daher spielt in Europa das Thema Vertrauen in die langfristige Tragfähigkeit eines Landes eine zentrale Rolle. Ein Land müsse das Vertrauen der Finanzmarktakteure gewinnen und zeigen, dass es wieder eine gewisse Solidität herbeiführen kann.
 - Andererseits wurde eingeworfen, dass fraglich sei, ob die Finanzmärkte, im Speziellen die Rating-Agenturen, diejenige Steuerungsinstanz sein sollte, die als Kompass zur Ausrichtung der Staatsfinanzen bzw. zur Bewertung der Staatssolvvenz dienen sollte.
- Wie definiert man die Schuldentragfähigkeit? Auch hier wurden unterschiedliche Ansichten vertreten:
 - Für die Bewertung der Tragfähigkeit der Staatsschulden wurden einzelne wichtige Faktoren genannt: die demographische Entwicklung sowie das Verhältnis der explizit im Schuldenstand ausgewiesenen Staatsverschuldung zu der impliziten hinzukommenden Verschuldung, die in Versprechen der Sozialversicherungsleistungen an künftige Generationen besteht. Auch Internationale Organisationen wie die Europäische Kommission, die OECD, der IWF arbeiten mit diesen Faktoren, auf deren Grundlage auch in Deutschland Tragfähigkeitsberichte erstellt werden. Es könne also nicht von einem deutschen Sonderweg gesprochen werden (siehe Kap. 6). Der IWF würde beispielsweise schon immer die impliziten Schulden in die Betrachtung mit einbeziehen.
 - Zugleich wurde argumentiert, dass sich die Schuldentragfähigkeit nicht eindeutig definieren lasse:

- Es gibt eine Schuldentragfähigkeit in der Wahrnehmung Dritter. Dies ist eine subjektive Bewertung. Wenn die Finanzmärkte subjektiv davon ausgehen, ein bestimmtes Land sei nicht schuldentragfähig, dann ist es das eben nicht.
 - Die inhaltliche Definition ist sehr komplex. Das Beispiel Japan zeigt, dass es nicht allein um die Höhe der Schulden geht. Es geht zum Beispiel auch um das Verhältnis zwischen den Schulden zum Wachstumspotential und dem Ausbildungspotential. Das bedeutet objektiv hohe Schulden sind viel weniger relevant, wenn das Wachstumspotential gleichzeitig hoch ist.
 - Für die Bewertung der Tragfähigkeit der Schulden kann demnach nicht nur auf die Entwicklung der Nettokreditaufnahme geschaut werden, sondern diese muss in Relation zu den Wachstumsaussichten betrachtet werden. Insofern können Investitionen, die mit einer Verschuldung einhergehen, auch durchaus generationengerecht sein. Zur Veranschaulichung wurde das Beispiel genannt, dass es wenig nütze ein schuldenfreies Unternehmen ohne jegliche IT Investitionen zu erben. Ein Unternehmen, wo keine Computer angeschafft wurden, sei für die nächste Generation unattraktiv, denn es hat geringe Wachstumsmöglichkeiten.
- In Anbetracht der komplexen ökonomischen Kriterien wie auch der Unterscheidung zwischen subjektiven und objektiven Faktoren, lässt sich aus Sicht einiger Teilnehmender die Schuldentragfähigkeit nicht definieren. Vielmehr stehen hinter unterschiedlichen Definitionen unterschiedliche Interessen.
 - Es wurden Bedenken geäußert, dass der Begriff des Vertrauens (in die Solidität) oder der Begriff von Erwartungen sehr leicht instrumentalisiert werden kann. Wer definiert, was die Erwartungen sind oder wer sagt, was das Vertrauen ausmacht, der definiert auch welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Es fehlen unabhängige Kriterien dafür, wie Vertrauen zu messen ist (siehe auch Kap. 1.2).
 - Wie sind zu hohe Schulden zu reduzieren?
 - Überschüsse, die nicht abgebaut werden können, müssten abgeschrieben werden. Ebenso müssten Schulden durch Abschreibung reduziert werden bzw. durch ein ordentliches Insolvenzregime für Staaten geregelt werden. Dies wurde auch von Keynes betont.
 - Ein Teilnehmer kritisiert die unnachgiebige Haltung der Gläubiger gegenüber Griechenland und der Frage der Schuldenabschreibung. Diese erinnere an die Zeit der Weimarer Republik. Es sollte daran erinnert werden, dass nicht nur die Inflation, sondern auch die Unnachgiebigkeit von Gläubigern zu einer Austeritätspolitik geführt habe, die damals letztlich zur Stärkung des Faschismus in Deutschland beigetragen habe.

3.2 Zins als Signal

- Ein Teilnehmer argumentierte, dass es sehr wichtig sei, die Bedeutung des Zinses als Preissignal mit zu berücksichtigen. In der Frage der Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen sei dies entscheidend. Die Zinsen sind in den letzten Jahren sehr stark gefallen. Dies ist zu erklären aufgrund des Sparüberschusses bzw. durch die Theorie des negativen natürlichen Zinses. Es

gibt nicht genügend Anlagemöglichkeiten in Realkapital um den Vermögensbildungswunsch der Bevölkerung zu befriedigen. Damit ist Kapital nicht mehr knapp. Die durchschnittliche Bezugsdauer von Rente, Pension oder anderen Vermögenswerten bei einem Selbstständigen, der nicht mehr von seiner Arbeit lebt, beträgt heute in Deutschland 20 Jahre. Vor einem halben Jahrhundert waren es 10 Jahre. Jedes Jahr steigt die Lebenserwartung in Deutschland um 2 Monate. Gleiches gilt für die gesamte OECD und auch für China. Das heißt der Vermögensbildungswunsch steigt ständig an, während gleichzeitig die Verwendung des Vermögens in Realkapital relativ zum laufenden Konsum nicht steigt.

- Ein anderer Teilnehmer erwiderte, dass dies bedeuten würde, dass der Zins das Resultat von Angebot nach Kapital zu Nachfrage nach Kapital wäre. Dagegen steht die Beobachtung, dass der Zins häufig eine politische Größe ist. Als Beispiel wurde angeführt, dass der Zins in der Euro-Schuldenkrise allein dem geschuldet ist, dass manche Euro-Staaten höhere Zinsen nicht tragen könnten ohne massivere Probleme zu entwickeln. Als zweites Beispiel wurde die deutsche Wiedervereinigung genannt, bei der der Zins sehr schnell angestiegen sei. Um die Menschen im Westen vom Konsum abzuhalten, damit auch der Osten auf die gleiche Masse an Konsumgütern zugreifen konnte, wurden die Sparzinsen erhöht. In beiden Fällen sei der Zins eine politische Größe, die die Zentralbanken setzen, wie es ihnen opportun erscheint.
- Diese Vorgänge kann man aus Sicht des ersten Diskutanten weiterhin in der neoklassischen Vorstellung als Allokationsfunktion des Zinses betrachten: Es gibt ein beschränktes Angebot an Konsumgütern und die Nachfrage ist plötzlich höher als das beschränkte Angebot. Deshalb wird im System des allgemeinen Gleichgewichts eine Anpassung vorgenommen. Was sich hier anpasst ist, dass ein Anreiz generiert wird, weniger zu konsumieren durch einen höheren Zins.

3.3 Die Europäische Zentralbank (EZB)

- Die EZB musste mit der Geldpolitik als Notfall-Instrument den Euro vor dem Zusammenbruch retten. Die Zentralbank ist in der Festsetzung des Zinses nicht autonom, sondern hat die Aufgabe, einerseits die Volkswirtschaft mit hinreichender Liquidität zu versorgen, andererseits eine zu hohe Inflation zu vermeiden. Wenn sie diese beiden Ziele verfolgt, ist sie im Grunde in ihrer Politik gebunden. Würde die EZB zum Beispiel ihren Zins von 0 auf 4% anheben, hätte dies eine große Depression zur Folge, denn viele Staatshaushalte würden wahrscheinlich insolvent gehen und die Investitionen der Privaten gingen zurück - es sei denn, es gebe bereits Inflation.
- Wenn die EZB irgendwann wieder anfängt die Zinsen zu erhöhen, dann werden unter Umständen Elemente der Euroschuldenkrise wieder zurückkommen, dies wurde in Portugal und Italien bereits beobachtet. Der derzeitige Zustand der expansiven Geldpolitik wurde als Wirtschaft „unter Drogen“ bezeichnet.
- Die niedrigen Zinsen und der tiefe Wechselkurs sollte den südlichen EU-Ländern helfen, aber es wurde beim Trialog auch vermutet, dass Deutschland selbst am stärksten davon profitiere. Draghi hat mit dieser Politik Zeit gekauft, damit Reformen gemacht werden. Doch andere Länder haben es bisher nicht geschafft bestimmte Reformen umzusetzen. Es wurde argumentiert, dass die gewährten Entlastungen das Reform-Momentum umgekehrt sogar beeinträchtigt haben, weil auf dem Status Quo ausgeruht wurde.
- Aus Sicht einiger Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist es problematisch, dass die EZB und deren Vorsitzender Draghi in der deutschen medialen Berichterstattung in den letzten Jahren

eine derart undankbare Rolle spielte. Oft wurde die EZB als diejenige dargestellt, die die deutschen Sparer enteigneten.

4. Die wirtschaftliche Situation in Deutschland

- Deutschland steht im europäischen Vergleich derzeit als strahlendes Beispiel da. Die wirtschaftliche Entwicklung ist vergleichsweise gut, wenngleich die Wachstumsraten ebenfalls niedrig sind. Deutschland verfolgt mit der Schwarzen-Null-Politik Haushaltskonsolidierung und hat trotzdem Wachstum.
- Wie lässt sich die gute wirtschaftliche Situation erklären?
 - Eine Interpretation war, dass für Deutschland aufgrund der Null-Zins-Politik seit einiger Zeit von einer „gedopten Volkswirtschaft“ gesprochen werden kann.
 - Insbesondere in Deutschland gibt es eine kontinuierliche reale, effektive Unterbewertung der Währung. Nach der Berechnung eines Teilnehmers ist der Euro seit seiner Einführung im Durchschnitt etwa um 1-1,2 % Jahr für Jahr unterbewertet. Normalerweise sollte ein Land mit Überschüssen seine Währung aufwerten, nicht abwerten. Der Euro würde ständig abgewertet.
 - Die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist ein Glücksfall für den Haushalt, weil die Produktivitätssteigerungen fast ausgeblieben sind und jeder Wachstumsimpuls gleich zur Beschäftigungssteigerung und damit zu Steuereinnahmen geführt hat. Dies helfe zwar dem ausgeglichenen Haushalt, sei aber langfristig für die technologische Entwicklung eher ungünstig.

4.1 Deutschland musste keine Sparpolitik betreiben

- Deutschland hat in den vergangenen Jahren von einer sehr guten Konjunktur profitiert und das unerwartet schnelle Wachstum sowie die schnelle Erholung der Wirtschaft haben zum Konsolidierungserfolg in der Haushaltspolitik geführt. Demnach musste Deutschland gar keine harte Konsolidierungspolitik betreiben und die Schuldenbremse habe nicht gegriffen.
 - Zur Bestärkung dieses Arguments wurde auf Simulationsrechnungen verwiesen, die zeigten, dass Deutschlands Defizit heute ungefähr auf dem Niveau von Frankreich liegen würde, wenn es keinen starken Aufschwung gegeben hätte.
- Seit die Schuldenbremse 2010 - vor zwei Legislaturperioden - in Kraft getreten ist, konnte der Haushaltsausgleich ohne Nettokreditaufnahme im Bund und auch in vielen Bundesländern erreicht werden. Dies geschah nicht durch harte Sparpolitik, sondern durch begünstigende Faktoren auf der Einnahmen- und Ausgabenseite. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich deshalb einig, dass es seit Inkrafttreten der Schuldenbremse 2010 unsinnig sei, in Deutschland von Sparpolitik zu reden.
 - Auf der Ausgabenseite gab es durch die niedrigen Zinsen erhebliche Sparpotenziale im Haushalt. In Deutschland werden heute im Vergleich zu vor 10 Jahren 25 Milliarden Euro weniger Zinsen gezahlt, obwohl der Schuldenstand heute etwas höher ist als damals. Sparpolitik ist also nicht notwendig gewesen, um einen ausgeglichenen

Haushalt zu erreichen. Im Gegenteil, es wurden in der aktuellen Legislaturperiode sogar Budgetzuwächse in einigen Ministerien erreicht (u.a. BMZ, BMBF und BMAS).

- Auf der Einnahmenseite kann Deutschland seit Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise, also genau über diese zwei Legislaturperioden seit Inkrafttreten der Schuldenbremse, von einer durchgehend positiven Wirtschaftsentwicklung und dabei insbesondere von einer günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt profitieren. Das führt zu einem Mehraufkommen bei Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen, welche Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung sehr begünstigt und vereinfacht hat.

4.2 Dreifacher Überschuss

- In Deutschland gibt es einen Überschuss in drei Sektoren: einen Überschuss im Staatshaushalt, einen Überschuss des privaten Sparens der Haushalte sowie der Unternehmen.
- Dieser dreifache Überschuss ist ökonomisch nicht nachhaltig und schlägt sich in einem sehr hohen und ständig steigenden Überschuss der Leistungsbilanz nieder. So hängt die Fiskalpolitik im Sinne einer Saldenmechanik mit dem Leistungsbilanzsaldo zusammen. Die Mechanik nimmt weiter zu: Die Exporte steigen seit Beginn des Euro um einen Prozentpunkt stärker als die Importe und das BIP wächst noch langsamer als die Importe. Ein Teilnehmer kommentierte dazu: *„Das hat nichts mit ökonomischer Nachhaltigkeit zu tun, selbst wenn Sie scheinbar fiskalische Nachhaltigkeit erzielen oder auf dem Weg dahin sind, wenn Sie 60 % Schuldenstandsquote als Messlatte ansehen, was eine willkürliche Messlatte wäre, aber eine Messlatte. Wir leben in einer total unnachhaltigen ökonomischen Welt“*.
- Es wurde breite Zustimmung zu der Einschätzung geäußert, dass das Dreifach-Überschuss-Szenario ein Problem darstellt. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind dennoch der Ansicht, dass es keine klare wirtschaftspolitische Antwort gibt, wie der Leistungsbilanzüberschuss zu reduzieren sei.
- Eine Teilantwort für einige Diskutanten ist, dass die Fiskalpolitik expansiver sein muss. Es müsse prozyklisch mehr investiert werden. Derzeit besteht die Situation der günstigen Geldpolitik, der Niedrigzinspolitik, die die Europäische Währungsunion stützt. Diese gelte es auszunutzen.

4.3 Demografie und Rente

- Deutschland hat ein großes Demografieproblem. Es gibt eine implizite Staatsschuld, weil der Staat Pensionsverpflichtungen eingegangen ist oder im Rahmen gesetzlicher Rentenversicherungen Ansprüche zu bedienen hat. Es ist von der Politik nach wie vor ungeklärt, wie diese Rentenansprüche in der Zukunft bedient werden.
- Dennoch wurde davor gewarnt, dass diese Zahlen in der Vergangenheit missbraucht worden sind, um Angst zu erzeugen und um die gesetzliche Rente zu schleifen und für die private Rentenversicherung zu werben.
- Es wurde die Meinung vertreten, dass die Rentenfinanzierung in erster Linie umlagefinanziert, also aus den laufend erwirtschafteten Einnahmen, finanziert werden sollte. Weil die Wertschöpfung hoch genug ist, sei das Verhältnis von Einzahlungen und der Anzahl der Rentner unproblematisch. Die Wertschöpfung erwächst nicht nur aus dem, was momentan

produziert wird, sondern beruht auch auf der ökonomischen und geistigen Wertbildung, die unsere Vorfahren geschaffen haben.

- Durch öffentliche Investitionen könnten Produktivitätsgewinne und langfristig Wachstumsgewinne erzielt werden, welche die Schuldenstandsquote langfristig vermutlich mindern würden.
- Es wurde herausgestellt, dass es eine langfristige Planung mit Weitblick brauche, wie man die Rentenansprüche bedienen kann. Anpassungen können über einen 10-30-jährigen Zeitraum vorgenommen werden, zum Beispiel durch die schrittweise langsame Erhöhung von Steuern oder Abgaben oder Veränderung von Ansprüchen.

4.4 Ist Deutschlands Haltung problematisch?

- 2005 wurde der Hamburger Appell (auch) mit Blick auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands veröffentlicht. Dort wurde gefordert: *"Die Konsolidierung der Staatsfinanzen erfordert weitreichende Einschnitte in allen Bereichen der öffentlichen Ausgaben. Davon können auch die sozialen Sicherungssysteme nicht ausgenommen bleiben. Wer Gegenteiliges behauptet wird den wirtschaftlichen Voraussetzungen in Deutschland nicht gerecht oder führt in populistischer Weise die Bürger in die Irre."* Es wurde darauf hingewiesen, dass diese radikale Forderung in Deutschland nie umgesetzt wurde. Man könne seither von einem Reformstau sprechen. Noch im Sommer 2005 erholte sich die deutsche Wirtschaft bereits und galt von da an im internationalen Vergleich als leuchtendes Beispiel, aber ohne dass die vorgeschlagene Politik in Deutschland verfolgt worden wäre. Sie sei dann nur auf Europa übertragen worden.
- Es wurde argumentiert, dass wenn es zutrifft, dass auf europäischer Ebene die EU-Kommission und die anderen Länder auf die Haushalte einzelner Länder massiv Druck ausüben, durch Strukturreformen vornehmlich den Wohlfahrtsstaat abzubauen, Gewerkschaften zu schwächen, den Arbeitsmarkt zu deregulieren, *„dann sei das eine Katastrophe für Europa, weil das Unfrieden stiftet und weil das politisch nicht funktionieren kann.[...] Und genau wie sich Angela Merkel hingestellt hat und die Flüchtlinge begrüßt hat, hätte sie ja vielleicht einfach zwei Jahre vorher oder drei Jahre vorher sagen sollen: ‚Europa wir sind solidarisch, wir stehen das gemeinsam durch‘. Es hätte keine Finanzkrise gegeben, keine Eurokrise.“*
- Dagegen wurde gehalten, dass Angela Merkel und andere deutsche Politiker durchaus eine solche Solidarität bekundet haben. *„Als es drauf ankam, als die Zukunft des Euro in Frage gestellt wurde mit der sogenannten Eurokrise, wurde in einer Nacht- und Nebelaktion ein europäischer Stabilitätsmechanismus aus der Taufe gehoben. All diese Rettungsprogramme, die wir seitdem gesehen haben, wären ohne die Rolle Deutschlands als Garantiegeber nicht möglich gewesen. Das muss man ganz klar sagen. Auch die Politik der EZB und das Versprechen Draghis wäre nicht glaubwürdig, wenn nicht Deutschland klar signalisieren würde, wir bleiben dabei.“*
- Es sei problematisch, dass *„alles immer zugunsten Deutschlands“* verlaufe. Von anderer Seite wurde argumentiert, dass es in der konkreten Gestaltung von Haushaltspolitik, im Defizitverfahren immer Streit gebe. Es sei völlig klar, dass man sich (wie jedes Land) in solchen Situationen verteidige und für seine Interessen kämpfe. Das sei auch absolut legitim und könne nicht anders sein in der EU.

- Im Gutachten des Sachverständigenrats von 2013/2014 unterscheiden sich Deutschland, Frankreich und Spanien in der Gesamtbewertung des Rankings nicht bezogen auf Beschäftigungsfreundlichkeit bzw. der Arbeitsmarktregulierung. 2008 sind sie von einem etwa vergleichbaren Niveau in die Krise gegangen. Nur aufgrund der besseren wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland heute würde in Deutschland das Narrativ verwendet „Deutschland hat die Hausaufgaben gemacht, die anderen Länder aber nicht.“ Das Narrativ sei sehr fragwürdig.
- Seit 2010 kann in Deutschland nicht von einer Sparpolitik gesprochen werden. Die Problematik der deutschen Position liegt deshalb auch darin begründet, dass aus einer sicheren Position heraus, die durch mehr oder weniger glückliche Umstände zustande kam, anderen Ländern ein Kurs aufgedrängt wird, den Deutschland selbst nicht gehen musste.
- In Anbetracht der Komplexität bei der Bewertung der Schulden Tragfähigkeit eines Landes sahen einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer besonders kritisch, wenn Deutschland anderen europäischen Ländern vorgibt, dass ein ausgeglichener Haushalt das entscheidende Kriterium für das Vertrauen in die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen sei. Deutschland bediene sich hierbei seiner Position als stärkste Macht im europäischen Rat sowie im europäischen Finanzministerrat und in der Eurogruppe.
 - Das Hauptkriterium des ausgeglichenen Haushalts kann zu einer irreführenden Bewertung der europäischen Situation verleiten. So könne argumentiert werden, dass in Europa wieder Normalität einkehre, da nur noch drei Länder ein makroökonomisches Problem zu lösen hätten. Aber in Anbetracht anderer Entwicklung wehrten sich andere Diskutanten entschieden vor der Einschätzung von Normalität in Europa zu sprechen. Es bestünden weiterhin ungelöste Probleme, zum Beispiel im Hinblick auf faule Kredite im Finanzsystem und die offene Frage der Haftung, sowie dadurch, dass in vielen EU Ländern ein politischer Rechtsruck zu verzeichnen ist. Politikwissenschaftlich gibt es einige negative Verschiebungen zu Ungunsten von Europa. Deutschlands Sicherheit hängt davon ab, dass es in einem sicheren, stabilen Europa ist.
 - Es erzeugt Widerstand, wenn eine bestimmte Sicht - in diesem Fall die deutsche Sicht - auf das was richtig, normal, gut, gesund und zukunftsfähig ist allen anderen aufoktroiert wird. Noch dazu wenn es eindeutig dem deutschen Interesse zu Gute kommt und für Deutschland einfach herzustellen ist. Das Aufdrängen eigener Vorstellungen ist nicht das beste Mittel um zu einer Verständigung zu kommen.
 - Eine Teilnehmerin sah deshalb einen Zusammenhang zwischen dem deutschen Sonderweg und einem Auseinanderdriften der EU. Denn die Deutschen seien von ihrem Standpunkt überzeugt und versuchten auch die anderen zu überzeugen. Dabei werden der eigene Standpunkt und die Selbstwahrnehmung noch moralisch untermauert zum Beispiel mit dem Begriff der Tüchtigkeit. Es werde so getan, als verhalte sich Deutschland entsprechend einer unpolitischen Regelbeachtung. Es gebe aber keine unpolitischen Regeln und dies provoziere den Unmut anderer Länder.
 - Von anderer Seite wurde betont, dass nicht Deutschland die Konzepte vorgebe, sondern diese von Internationalen Organisationen wie dem IWF, der OECD etc. übernommen wurden und es in der EU keinen Dissens bezüglich der Frage gebe, wie die Tragfähigkeit von Schulden zu definieren ist. Es gebe aber eine Meinungsverschiedenheit u.a. mit dem IWF, in Bezug auf die Frage, ob diese Konzepte

ausreichen oder ob die Tragfähigkeit, z.B. der griechischen Schulden heute, weitere Maßnahmen verlangen.

5. Investitionen und Verteilungsfragen

5.1 Investitionslücken in Deutschland

- Nach Ansicht vieler Diskutanten braucht Deutschland Investitionen. Viele teilten die Ansicht, dass im öffentlichen Bereich massiv (netto-real) de-investiert wurde und damit der öffentliche Kapitalstock gesunken sei. Dies zeige sich besonders an der Straßeninfrastruktur und in der Bildung.
- Im Dialog wurde von einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Meinung vertreten, dass ein weiteres Festhalten an der schwarzen Null dazu führe, dass Belastungen auf die Zukunft auf zukünftige Generationen verschoben würden (siehe Kap. 2.5). Der Staat sollte unternehmerisch handeln und überlegen, was in Anbetracht einer Vielzahl von Krisen (Finanzkrise, Sicherheitskrisen, Digitalisierung) jetzt investiert werden muss, damit die zukünftigen Generationen nicht zu sehr belastet werden und irreversible Folgen abgewendet werden.
- Ordnungsrecht könnte zur Kapitalmobilisierung genutzt werden. Dabei wird durch staatliche Normsetzung ein Investitionsbedarf geschaffen, der ohne den Einsatz von staatlichen Mitteln privates Kapital mobilisiert. Als Beispiele wurde an die Einspeise-Verordnung und die Großfeuerungsanlagen-Verordnung erinnert. Diese staatlichen Normsetzungen haben bedeutende Investitionsschübe in der deutschen Wirtschaftsgeschichte verursacht. Ein Vorteil dabei ist, dass die Staatsverschuldung dabei nicht gestiegen ist. Es wurden Arbeitsplätze und verbesserte Lebensbedingungen geschaffen. Ein weiterer Vorteil ist, dass solche Verordnungen an eine Innovationspolitik anschließen können. So können bestimmte Bereiche der Nachhaltigkeit gefördert und dafür gesorgt werden, dass materielle Innovationen in eine gewünschte Richtung gehen (z.B. Wärmestandards im Häuserbestand, Wassernetze, kohlenstofffreier Verkehr). Dies ist ein Weg der mittelbaren Finanzierung zur Erreichung der Pariser Klimaziele und der SDGs.
 - Es wurde zu Bedenken gegeben, dass der Regulierungsweg auch bedeutet, dass der Fiskus die Entscheidungsmöglichkeiten der Privaten reduziert, indem er ihnen Vorschriften macht. Es ist deshalb besonders wichtig, dass hinter einem solchen Schritt ein sinnvolles Ziel steckt, damit dieser Weg zu der optimalen Allokation der Ressourcen beiträgt. Die Ökologie sowie die Minderung negativer externer Effekte seien sinnvolle Ziele.
- Es wurde vorgeschlagen, zusätzlich zur Integration des Binnenmarktes mehr gemeinsame europäische Investitionen zu tätigen, die europäische Projekte voranbringen (z.B. die digitale Union, transeuropäische Netzwerke).
 - Dazu wurde kommentiert, dies könne aber nicht den Investitionsbedarf wettmachen, den es speziell in Deutschland gebe.
- Ein Teilnehmer äußerte Zweifel an der Deutung, dass es ein Übersparen bzw. zu geringe Investitionen bei hohen Gewinnen gebe. Könnte es sich um eine Fehlwahrnehmung oder ein vorübergehendes Phänomen innerhalb einer größeren Transition handeln?

- Es könnte eine Fehlwahrnehmung sein, weil defensive Investitionen noch nicht berücksichtigt werden. Dabei handelt es sich um unproduktive Investitionen, die in den nächsten 20 Jahren getätigt werden müssen, um auf die Folgen des Klimawandels und anderer entsprechender Phänomene zu reagieren. Erst wenn diese Zahlen mit eingerechnet sind, kann festgestellt werden, ob die produzierten Überschüsse langfristig überhaupt für den Konsum verfügbar sind oder für defensive Investitionen benötigt werden. Auch ökologische Fragen können nur konstruktiv und innovativ behandelt werden, solange Staaten handlungsfähig sind und Geld zur Verfügung haben.
- Es könnte ein vorübergehendes Phänomen sein, weil die deutsche Industrie derzeit Zweifel an ihrer Zukunftsfähigkeit aufkommen lässt. Bei einigen großen Branchen wie der Automobil- und Chemieindustrie ist unsicher, ob diese in den nächsten 15 Jahren am Weltmarkt bestehen werden. Weiter wurde argumentiert, dass sowohl die Intensiv-Landwirtschaft, die Chemieindustrie, sowie die Automobilindustrie wesentlich daran beteiligt sind, dass planetary boundaries und die Sustainable Development Goals (SDGs) überschritten bzw. nicht erreicht werden. Der nachhaltige Umbau der Intensiv-Landwirtschaft würde aber Konzernen wie Bayer und BASF die Geschäftsgrundlage entziehen, ebenso wie der CO₂-freie Verkehr für die deutsche Automobilindustrie. Die Qualitäten im Bereich Motor- und Getriebebau, die bisher die Export-Erfolge sichern, fallen bei der Umstellung auf Elektromotoren bzw. auf andere Motortechniken, die das Getriebe nicht mehr braucht, vollständig weg.
- Wenn diese Deutungen zutreffen würden, wären viele im Trialog diskutierten Probleme Transitionsprobleme und danach würden sehr viel grundsätzlichere Veränderungen zu behandeln sein. Es wurde empfohlen, bei den gegenwärtigen Problemen deshalb auf reversible Maßnahmen zu setzen, also solche, die zurückgenommen werden können, wenn die Situation sich ändert.

5.2 Generationengerechtigkeit

- Die Politik der schwarzen Null und die Schuldenbremse wurde unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit diskutiert. Es wurde die Ansicht vertreten, dass der Schutz künftiger Generationen vor Überschuldung und der damit einhergehenden Handlungseinschränkungen ein legitimes Anliegen einer Verfassungsregel sei. Diese Position traf im Trialog auf verschiedene Gegenpositionen:
 - Es wurde argumentiert, dass heute Investitionen getätigt werden müssen, gerade damit die zukünftigen Generationen nicht zu sehr belastet werden. Die schwarze Null komme einer Verschiebung von Belastungen auf die Zukunft gleich. Diese Belastungen würden zukünftigen Generationen aufgebürdet. Denn wenn man auf langfristige sinnvolle Investitionen verzichtet, schrumpft der Kapitalstock. Für eine zukunftsfähige Politik kommt es vielmehr darauf an, dass sich die Schuldenquote nicht zu stark verändert. Die nächste Generation hat ein Interesse daran, dass für einen sinnvollen Kapitalschutz gesorgt wird.
 - Weiter wurde eingebracht, dass der Ausdruck „Schulden belasten zukünftige Generationen“ nicht zutreffend sei. Schulden hinterlassen ein Verteilungsproblem. Schulden werden genauso wie Vermögen an die nächste Generation übergeben und

insofern kann nicht nur einseitig auf die Schuldenseite, sondern muss auch auf die Vermögensseite geschaut werden, die genauso an die nächste Generation vererbt wird. Generationengerecht ist deshalb nicht per se eine geringe Nettokreditaufnahme, sondern der Schuldenstand muss in Relation zu den Wachstumsmöglichkeiten betrachtet werden.

- Für Zukunftsfähigkeit und Generationengerechtigkeit müssen die planetaren Grenzen mitbedacht werden.

5.3 Einnahmenseitige Maßnahmen und Verteilungsfragen

- Die Schuldenbremse veranlasst die Politik zu überdenken, ob einerseits staatliche Ausgaben (der Wohlfahrtsstaat, Investitionen) auf der gleichen Größe gehalten werden sollen und andererseits, welche alternative Finanzierung möglich ist.
- Das Beispiel Österreichs zeigt, dass die Schuldenbremse auch Verteilungsfragen neu ins Blickfeld bringen kann. Die Konsolidierung des österreichischen Bundeshaushaltes zwischen 2010 und 2013 nach Einführung der Schuldenbremse wurde zu mehr als der Hälfte über einnahmenseitige Konsolidierungen herbeigeführt: Über Veräußerungsgewinne von Aktien, bei Aktienverkäufen, bei Immobilienverkäufen. Ebenso zielte eine Reihe von Maßnahmen darauf ab, das Einkommensstärkte Prozent in die Pflicht zu nehmen: Es gab eine Einschränkung bei der Absetzbarkeit von Managergehältern, Besteuerungen von Stiftungen und Gruppenbesteuerungen von Unternehmen.
- Die Diskussion über die Einnahmeseite des Staates führte zu der Diskussion über Verteilungsprobleme in Deutschland. Es wurde die Meinung vertreten, dass der Staat in der Vergangenheit stark unterfinanziert gewesen sei und die Verschuldung insofern eine Notmaßnahme war, um an die angesparten Vermögen heranzukommen. Es bräuchte deshalb eine Beschäftigung mit Steuerpolitik. Gerade im Hinblick auf Vermögen ist der Wohlstand in Deutschland extrem ungleich verteilt. Es hat vielfältige Auswirkungen, wenn in einem reichen Land wie Deutschland Reichtum zunehmend in wenigen Händen konzentriert ist und der übrige Anteil am Wohlstand nicht ausreicht, um gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Die Verteilung des Wohlstands ist mit dem Blick auf die kommenden Generationen von zentraler Bedeutung.
- Es wurde argumentiert, dass Deutschland im weltweiten Vergleich bereits ein relativ progressives Steuersystem hat. Wenn im Alleingang die Steuern weiter progressiv angehoben würden, führe dies möglicherweise zur Abwanderung von reichen Menschen bzw. Leistungseliten. Ein progressiveres Steuersystem bedeute zudem das Risiko, zum Beispiel durch eine Erhöhung der Erbschaftssteuer, die sogenannten „hidden champions“ zu vertreiben. Die „hidden champions“ haben als mittelständische Unternehmen in bestimmten Nischenmärkten zum Teil sehr hohe Marktanteile und tragen damit wesentlich zum Exporterfolg der deutschen Volkswirtschaft bei. Wenn diese auswanderten, sei dies nicht im Sinne des Steueraufkommens in Deutschland. Die Umverteilung ist in einer geschlossenen Wirtschaft sehr viel leichter zu erreichen als in einer weltweit verflochtenen Wirtschaft. Eine stärkere Umverteilung im Steuersystem wäre aus Sicht eines Teilnehmers ein Projekt, das mindestens auf europäischer Ebene, wenn nicht weltweit umgesetzt werden müsste.
- Es wurde ein Querverweis gemacht, dass auf ähnliche Weise eine geringe Tragfähigkeit der Staatsfinanzen ein Risiko für die Lösung der Verteilungsproblematik birgt. So findet in Ländern

wie Griechenland Kapitalflucht und Abwanderung statt. Damit geht die Verteilungslösung zu Lasten der kleinen Einkommen, weil die höheren Einkommen nicht mehr einzubeziehen sind. Anders ist es bei einer Umgestaltung des Steuersystems, wenn man die Bodenbesteuerung erhöht. Das produzierende Kapital kann auswandern – man kann eine Fabrik jenseits der Grenze wieder aufbauen aber der Boden bleibt unbeweglich.

- Die Verteilungsproblematik hängt unter anderem mit der Lohnentwicklung zusammen. In beiden Bereichen, der Einkommensverteilung und der Vermögensverteilung, steigt bzw. stagniert die Ungleichheit in Deutschland. Einerseits wurde die Meinung vertreten, dass Deutschland nach den Verteilungsmechanismen des Steuersystems und nach Sozialtransfers nicht so schlecht dastünde. Andererseits wurde argumentiert, dass die Bildungschancen in Deutschland oder der Aufstieg aus unterschiedlichen sozialen Schichten nach wie vor sehr schwierig ist und Deutschland hierbei keine Pionierrolle einnimmt. Mit der Formulierung „Die Hausaufgaben wurden gemacht“ sei auch deshalb zurückhaltender umzugehen gegenüber anderen europäischen Ländern.
- Verteilungsungleichheiten sind problematisch im Hinblick auf die Agenda 2030 und behindern, dass deren Ziele erreicht werden. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa und die ganze Welt. Die Agenda 2030 beruht auf einem UNO-Beschluss und ist in nationales Recht umgesetzt. Es wurde kritisiert, dass dies Agenda 2030 in der Dialog-Diskussion kaum eine Rolle spiele.

6. Ideen für die zukünftige Fiskalpolitik Europas und weitere Integrationsschritte

In der Diskussion um die Frage, welche fiskal- und geldpolitischen Perspektiven ein zukunftsfähiges Europa brauche, wurde ein breites Spektrum aufgezeichnet. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer forderten eine Stärkung der Fiskalpolitik auf europäischer Ebene. Es wurde mehrfach betont, dass es in der kommenden Zeit besonders wichtig sei, auf Frankreich zuzugehen und mit Frankreich gemeinsame Lösungen zur Stärkung der EU zu erarbeiten. *„Wir müssen daran interessiert sein, dass Frankreichs Pläne gelingen, weil dann die deutsch-französische Freundschaft es möglich macht, das europäische Projekt voranzubringen. Solange wir aber an unterschiedlichen Enden des Seils ziehen, die Franzosen einerseits und die Deutschen andererseits, ist das eben schwer möglich.“* Ein Teilnehmer wies aber darauf hin, dass die weitere Integration Europas lange Zeit dauern wird. Die Integration sei das Ergebnis von nationalen Interessenkonflikten in deren Kontext Positionen ausgehandelt würden. Die Geschichte von Währungsunionen zeigt, dass auch die USA nicht innerhalb von 10-20 Jahren aus einem föderativen Verbund zu einem Bundesstaat geworden sind. Für die EU sei wichtig, dass es einen Beobachter gibt, zum Beispiel die Kommission, der dafür eintritt, dass das, was gemeinsam ausgehandelt wurde, auch möglichst glaubwürdig umgesetzt wird.

- **Gemeinsame europäische Rahmenregelungen:** In Reaktion auf die zuvor genannte Kritik an Deutschlands starkem Einfluss auf die Gestaltung der europäischen Rahmenregelungen betonte ein Teilnehmer: *„Man kann diskutieren ob das der richtige Ansatz ist mit deutschen Regeln Europa zu beglücken, aber dass wir ein Regelwerk bräuchten, ist durchaus klar. Denn bei einer gemeinsamen Geldpolitik brauchen Sie einen Rahmen. Ob das Regeln sind ist eine andere Frage, aber Sie brauchen einen Rahmen um die Finanz- und die Wirtschaftspolitik zu koordinieren.“*

- **Flexiblere Lösungen in der Fiskalpolitik:** Es wurde gefordert mehr Flexibilität und Spielräume in der Steuerung von Krisen zuzulassen. Die Finanzpolitik sollte *„eben nicht gezwungen sein im Abschwung noch zusätzlich zu sparen, auf die Bremse zu treten. So ist es ja nur dazu gekommen, dass die Geldpolitik als Notfall-Instrument den Euro vor dem Zusammenbruch retten musste.“* Zu dieser Flexibilität der Instrumente gehört nach Ansicht eines anderen Teilnehmers auch, dass die einzelnen Länder der Union viel dezidierter betrachtet werden müssen. Es müssten die öffentliche Meinung sowie die kulturellen Bedingungen berücksichtigt und ernst genommen werden. Möglicherweise sind dann subsidiäre und länderspezifische Lösungen passender, als nach einer gemeinsamen Lösung für alle Länder zu suchen. In der Entwicklungspolitik sei mittlerweile bekannt, dass Regeln nur ernsthaft rezipiert werden und durchzusetzen sind, wenn die jeweiligen kulturellen Bedingungslagen mitberücksichtigt wurden. Dies würde in Europa ausgeblendet.
- **Volkswirtschaftliches Salden-Management:** Einige Teilnehmende vertraten die Ansicht, dass eine europäische Fiskalpolitik ein volkswirtschaftliches Salden-Management brauche, bei dem alle Salden in den Blick genommen werden. Bei der Betrachtung des Leistungsbilanzsaldos braucht es nach Ansicht eines Teilnehmers eine Koordinierung mit außenwirtschaftlichen Restriktionen. Wenn alle Länder eine expansive Fiskalpolitik betreiben, könnten die Leistungsbilanzsalden aus dem Ruder laufen. Es brauche daher viel mehr Koordination. Das bedeutet, die Überschussstaaten müssten eine expansive Politik betreiben und die Defizitstaaten benötigen Formen von Unterstützung oder zusätzlicher Anpassung. Das kann viel sein: eine breit aufgestellte Fiskalkapazität, eine EZB-Unterstützung als „lender of last resort“ oder Industriepolitik. Möglicherweise braucht es alles zusammen, um zu einem umfassenden vernünftigen Gesamtpaket zu kommen.
- **Expansive Fiskalpolitik und Inflation?** Der Vorschlag, eine expansivere Finanzpolitik zu betreiben, wurde sehr unterschiedlich bewertet. Es wurde argumentiert, dass es eine Staatsverschuldung in Überschussländern wie Deutschland brauche, um die Investitionslücke auszugleichen.
 - Es gab den Einwand, dass diese die Inflation steigern würde, ohne dass es einen realen Effekt gäbe. Dies sei den Bürgern schwer verständlich zu machen. Die Inflationierung würde aber aus ersterer Perspektive bewusst in Kauf genommen. Zwar sei es schwer dies den Wählerinnen und Wählern in Deutschland verständlich zu machen, doch brauche es eine Lösung für das Problem der verfehlten relativen Preise innerhalb des Euroraumes. Es gibt zu hohe Preise in Griechenland und zu niedrige Preise in Deutschland. Dies sei nicht allein durch Deflation in Griechenland, Spanien und Italien zu lösen. Um im Durchschnitt stabile Preise zu erreichen, muss in Deutschland Inflation stattfinden. Die Kompatibilität von Preisstabilität im Euroraum und Vollbeschäftigung mache es erforderlich, dass Deutschland zumindest vorübergehend Inflation in Kauf nimmt.
- **Lohnkoordinierung:** Das Problem der auseinander divergierenden Löhne und der unterschiedlichen Wettbewerbspositionen in Europa ist zwar erkannt, aber institutionell aktuell nicht zu lösen. Theoretisch wünschten sich einige Teilnehmende eine Lohnkoordination auf europäischer Ebene. Die politische Antwort darauf ist allerdings sehr schwierig, denn die nationalen Gewerkschaften (auch in Deutschland) sind nicht bereit, ihre Tarifautonomie aufzugeben. Für eine europäische Lohnkoordinierung müsste dafür aber Bereitschaft vorhanden sein.

- **Eurobonds:** Der Vorschlag von gemeinsamen Anleihen mit einer gemeinsamen Haftung in Europa in der Form von Eurobonds, für den es in Frankreich Unterstützer gibt, war unter der Teilnehmerschaft im Trialog deutlich umstritten.
 - Die Idee von Eurobonds bezieht sich auf die Neuverschuldung von EU-Mitgliedsländern. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob ein Modell von Eurobonds mit dem Vorschlag eines Schuldentilgungsfonds, der die bestehende Staatsverschuldung bedient, gekoppelt werden müsste. Einen Schuldentilgungsfonds hatte auch der Sachverständigenrat vorgeschlagen.³
 - Es wurde die Meinung vertreten, dass *„das Heben auf ein Aggregat - Europa ist ja eine Aggregatslösung - nur dann akzeptabel [sei], wenn wir dann den Zugriff auf die nationalen Haushalte hätten. Frankreich müsste in dem Fall auch einen Souveränitätsverzicht üben, [...] die Kommission hat dann Zugriff auf den nationalen Haushalt. Sie können die nationalen Haushalte [...] nicht einfach so frei fahren lassen...“*
 - Zwar dürften Eurobonds nicht zum Freibrief werden, doch wurde zu Bedenken gegeben, dass es unmöglich ist, mit Eurobonds einen totalen Souveränitätsverzicht zu verbinden. Dies zu fordern, statt präzisere Ideen für eine Konstruktion zu machen, komme einer reinen Blockadehaltung gleich. Es komme deshalb auf die Präzisierung dessen an, was es heißt, wenn in den nationalen Budgets europäische Überwachungen möglich wird. Zum Beispiel könnte nur in Teilbereiche des Gesamtbudgets Einblick gewährt werden.
 - Einzelne Teilnehmer vertraten die Position, dass die gemeinsame Haftung und Bürgschaft für die Zukunft Europas existentiell ist. Andere Teilnehmer äußerten Bedenken, dass der Vorschlag von Eurobonds und die damit verbundene besondere Haftungslast der Deutschen der Weg sei, um die AfD in Deutschland stark zu machen.
 - Die Europäisierung der gesamten Schulden durch Eurobonds sei eine Methode der versteckten Haftung. Das hieße zwar, die Schuldenbremse in der Verfassung stehen zu haben, aber gleichzeitig über Eurobonds und andere Instrumente die eigentlichen Schulden Deutschlands auf dem Umweg über Europa massiv zu steigern. Es kann davon ausgegangen werden, dass es zu einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht kommt, bei der dies als eine Verletzung der Schuldenbremse erkannt wird.
 - Als Reaktion auf diese Vermutung wurde kritisiert, dass in Deutschland zu schnell auf rechtliche Bedenken verwiesen wird. Wenn man in Deutschland etwas inhaltlich ablehnt (z.B. weil gefürchtet wird, Wähler zu verschrecken), heißt es schnell *„das geht rechtlich nicht“*. Politik und Recht hingen jedoch komplexer miteinander zusammen und seien nicht einfach ein Ableitungssystem.
- **Leistungsbilanzbremse:** Eine breit diskutierte Idee für die zukünftige Fiskalpolitik Europas war der Vorschlag, statt der bisherigen Schuldenbremse eine Politik der Leistungsbilanz-Bremse zu deklarieren. Eine ausgeglichene Leistungsbilanz im Euroraum sollte dadurch erreicht werden, dass in Überschussländern die Nettostaatsverschuldung (jährlich) planmäßig erhöht wird. Die Länder, die es sich aufgrund von Sparüberschüssen leisten können, müssten Bonds bzw. Staatsanleihen ausgeben. *„Wir sollten im Euroraum eine makroökonomische Politik anstreben,*

³ Sachverständigenrat 2012: Der Europäische Schuldentilgungspakt – Fragen und Antworten. Online unter: https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/publikationen/arbeitspapier_01_2012.pdf (05.10.2017)

die darauf hinausläuft, dass sich die Gesamtprosperität dieses Raumes ergibt, also inklusive Griechenland, Spanien, Italien etc., bei einer ausgeglichenen Leistungsbilanz. Das geht nur, wenn wir unsere Schuldenbremse beseitigen, denn wir wollen ja nicht, dass die Griechen mehr Schulden machen, damit die Nachfrage gestärkt wird, denn in Griechenland gibt es tatsächlich einen Effekt, einen kontraproduktiven Effekt davon, dass die Leute dann der Rückzahlbarkeit der Schulden misstrauen, sondern das müssen diejenigen Länder machen, deren Bonität außer Zweifel steht, das ist also insbesondere Deutschland.“

Es braucht Vorlaufzeiten bis eine Politik der Leistungsbilanzbremse umgesetzt werden kann und ein staatliches Defizit über den Umweg der Erhöhung der investiven Staatsausgaben tatsächlich wirkt. Die Leistungsbilanz hängt stark von Investitionen ab, die nicht kurzfristig herbeizuführen sind. Bis dahin sollte deshalb die Mehrwertsteuer von 19% auf 14% gesenkt werden. Es wurde argumentiert, dass dies auch verteilungspolitisch richtig wäre *„denn dieses bedeutete, dass insbesondere diejenigen Schichten, die weniger verdienen und deshalb eine kleine Sparquote und eine hohe Konsumquote haben, davon mehr profitieren als die besser verdienenden Schichten, bei denen die Sparquote wesentlich höher ist und die dadurch weniger von der Entlastung der Mehrwertsteuer haben.“*

Die Leistungsbilanzbremse wäre auch eine Alternative zu Eurobonds. Im Sinne der Subsidiarität müsse somit jeder für seine eigenen Schulden aufkommen. Es wurde argumentiert, dass die Beseitigung der deutschen Schuldenbremse für die deutschen Steuerzahler günstiger sei als die Einführung von Eurobonds. In der Diskussion um diesen Vorschlag, wurden folgende Aspekte genannt:

- Ein Teilnehmer gab zu bedenken, dass bereits versucht wurde die Mehrwertsteuersätze in der EU zu harmonisieren. Es wurde die Frage gestellt, ob es problematisch sei, dahinter zurückzugehen und in Deutschland einen deutlich geringen Satz einzuführen.
- Kritische Stimmen nannten es angesichts ökologischer Probleme problematisch, den Konsum durch die Mehrwertsteuersenkung *„völlig un gelenkt“* zu steigern. Ebenso wurde zu bedenken gegeben, dass Steuersenkungen für das Ziel der Konsumsteigerung ein schlechtes Mittel seien, weil gleichzeitig die Staatseinnahmen reduziert werden. Auch der Staat ist ein bedeutender Konsument, muss in diesem Fall aber die ausfallenden Einnahmen kompensieren. Es ist fraglich, ob es insgesamt zu einer Erhöhung des Konsums kommt.
- Der Vorschlag knüpft an eine generelle Diskussion darüber an, ob Nachfragerlücken durch Staatsverschuldung geschlossen werden können. Die Antwort hängt nach Ansicht eines Teilnehmers davon ab, wo das Geld landet. Landet es bei denen, die ohnehin schon viel haben? Oder landet es bei denen, die derzeit nicht so viel haben? Wenn es bei Letzteren landet, steigert es nachweislich tatsächlich den Konsum. Landet es bei den Ersteren, dann bringt die Staatsverschuldung für die Schließung der Nachfragerlücken nichts. Wie ist also im Falle von Staatsverschuldung dafür zu sorgen, dass das Geld bei denen ankommt, die tatsächlich einen Bedarf haben, diesen aber aufgrund ihrer mangelnden finanziellen Solvenz nicht decken können? Eine Strategie wäre die Erhöhung der Löhne, eine andere ist die Senkung der Mehrwertsteuer.
- Der Vorschlag der Leistungsbilanzbremse ist nach Ansicht eines Teilnehmers nicht überzeugend, weil dies eine permanente finanz- und wirtschaftspolitische Expansion

erfordern würde. Die Leistungsbilanz sei zudem nicht wie ein einfaches Defizit politisch steuerbar.

- Eine Anregung von anderer Seite war, zur Veränderung des Leistungsbilanzungleichgewichtes an der Ausgabenseite der öffentlichen Hand anzusetzen und die Exportförderungs-Subventionen zu verändern.
- Es wurde zu bedenken gegeben, dass das Problem der Leistungsbilanz in Deutschland von einer schwachen Import-Dynamik bei einer sehr starken Exportdynamik herrührt. Es gibt ein schwaches Wachstum der Inlandsnachfrage. Die Hälfte der Importe entsteht von dem Importgehalt, der in deutschen Exporten steckt. Gleichzeitig hat Deutschland eine starke Exportfähigkeit. Die technologischen Fähigkeiten der Wirtschaft sind auf globale Investitionsgüter ausgerichtet, die besonders für Schwellenländer interessant sind. *„Der Importgehalt des privaten Konsums nach Input-Output-Rechnungen von Destatis liegt bei 20 %. Der Importgehalt national hergestellter Investitionsgüter haben einen Importgehalt nach Destatis von 30-35 %. Ich will nicht sagen wir sind autark, aber wir produzieren sehr weitgehend alles selber. Wenn man, wie Ihr Vorschlag war, die Mehrwertsteuer um fünf Prozentpunkte mindert von 19 auf 14 %, sind das überschlägig gerechnet ungefähr 60 Milliarden-Erhöhung des privaten Konsums, das ist irrsinnig viel scheinbar. Und der Staat würde seine Ausgaben trotz niedriger Steuereinnahmen beibehalten, also würde sich da nichts ändern. Dieser private Mehrkonsum hätte jetzt einen gewissen Multiplikator, sagen wir von anderthalb Prozent, dann sind wir bei 90 Milliarden oder so. Und davon sind nur 20 % importrelevant, wenn die Zahlen von Destatis korrekt sind. Also 18 Milliarden noch mit einem sehr hohen Multiplikator gerechnet. Also das ist gemessen an dem gesamten Handelsbilanz-Überschuss, der aber nahezu identisch ist mit einem Leistungsbilanzüberschuss ist ungefähr 0,5 Prozentpunkte. Das ist die richtige Richtung, aber das ist ein Einmal-Effekt, der in den Folgejahren anhält, weil die Mehrwertsteuer bleibt ja permanent dann auf 14%, aber es ist keine zusätzliche Verbesserung für die Leistungsbilanz, dass wir da weiter runterkommen. Da muss also noch was dazukommen. Wir müssen es hinkriegen, dass das Wachstum der Inlandsnachfrage (privater Konsum, Investitionen oder Staatsausgaben) ständig über einen längeren Prozess, wenn wir das nicht abrupt in einer Krise bewältigen wollen, viel stärker wächst als in der Vergangenheit und zweitens brauchen wir eine Aufwertung. Auch wenn wir keinen Wechselkurs mehr haben, können wir real aufwerten mit unseren Löhnen und Kosten oder auch mit Inflation. [...] Die Output-Lücke ist nahezu null, wir sind nicht mehr so weit davon entfernt und Fachkräfte-Engpässe haben wir auch, Arbeitslosigkeit niedrig, ja da brauchen wir Inflation. Und ich glaube die brauchen wir. Und zwar über einen Anpassungszeitraum, nicht weil Inflation so schön ist, im Gegenteil. Aber wir haben seit Beginn des Euro so viele Probleme aufgebaut, so lange weggeguckt beim Außensaldo, dass wir jetzt über einen langen Prozess wieder den Rückwärtsgang einschalten müssen. Und das ist politisch, ökonomisch alles wahnsinnig schwierig. Aber logisch betrachtet ist das die einzige Möglichkeit diese Kombination aus langsamer Aufwertung und zweitens sehr starkem Wachstum der Binnennachfrage im Vergleich zu bisher. Und dies impliziert, dass das Übersparen [...] vermindert wird. Das ist die schwere Aufgabe um die es geht, aber wenn wir das nicht hinkriegen, dann hat Macron Probleme, dann hat die Eurozone Probleme und dann haben wir auf lange Sicht keine Chance die Eurozone am Überleben zu halten, weil*

sonst die Schere zwischen stärker wachsenden Exporten und nicht so stark wachsenden Importen unendlich zunimmt.“

- Der Effekt der Importsteigerung durch die Senkung der Mehrwertsteuer wird von einem anderen Teilnehmer erheblich stärker eingeschätzt, weil zusätzlich zur Steuersenkung die Importe durch Inflation steigen und weil Deutschland bereits an der Kapazitätsgrenze wirtschaftet.
- Die Alternative zur Senkung der Mehrwertsteuer sind Lohnerhöhungen. Wenn die Löhne steigen wird auch der Konsum steigen und den Import anregen. In bestimmten Arbeitsmärkten kann dies sinnvoll sein. Es wurde aber zu bedenken gegeben, dass sich Löhne nicht einfach wieder reduzieren lassen und dies auf längere Sicht die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen könnte. Die Mehrwertsteuer ist dagegen ein Instrument, welches politisch einfacher angepasst werden kann und im Gegensatz zu Tariflöhnen leicht reversibel ist. Nach einer Absenkung kann auch wieder eine Erhöhung folgen. Trotzdem ist die Mehrwertsteuer nur als Begleitinstrument zu betrachten und dient letztlich der Erhöhung der Infrastruktur-Investitionen und der Bildungsinvestitionen, welche aber eine Vorlaufzeit haben.

7. Konsenskorridore

Es zeigte sich, dass die verschiedenen Diskutanten in diesem Thema weit davon entfernt sind, Grundkonsense zu teilen. Es kann vorsichtig formuliert Einigkeit über folgende Aspekte festgehalten werden:

- Deutschland musste selbst keine Konsolidierungs-/ Austeritätspolitik betreiben seit 2010.
- Eine Innovation von Fiskalpolitik ist im Interesse der längerfristigen Realwirtschaft wichtig, mit zwei Zielsetzungen: nicht nur um das eigene Wohlergehen zu ermöglichen, sondern um die Stabilität Europas zu sichern und um die globalen Herausforderungen lösen zu können.
- Es müssen Fragen der gemeinsamen europäischen Haftung und der gemeinsamen Finanzierung ernsthaft diskutiert werden, und sei es auch „nur“ aus politischen Gründen.
- Fiskalpolitik in Deutschland bedarf der Nachjustierung, insbesondere bei den öffentlichen Investitionen (Steigerung der Qualität und Quantität öffentlicher Investitionen).

8. Abschließende Betrachtung zur These des Deutschen Sonderwegs

Im Trialog wurde die These des Deutschen Sonderwegs in unterschiedlichen Zusammenhängen diskutiert.

Es wurde die Meinung vertreten, dass in Deutschland in der Wirtschaftswissenschaft eine sehr enge Debatte geführt wird und dies als Sonderweg zu bezeichnen sei. Ein Beispiel dafür, dass in der Wissenschaft eine einzige wirtschaftstheoretische und wirtschaftspolitische Auffassung dominant vertreten wird, ist der Hamburger Appell von 2005. 250 Professorinnen und Professoren haben sich einer Position angeschlossen und gehen in Bezug auf Investitionen von einem Multiplikator von 0 oder sogar einem negativen Multiplikator aus. Im Appell heißt es *„Die unkontrolliert wachsende*

Staatsverschuldung der Bundesrepublik Deutschland wird zu Recht als zukünftig anstehende Steuerbelastung wahrgenommen. Dasselbe gilt für die unterfinanziert wachsenden Zahlungsverpflichtungen der sozialen Sicherungssysteme. Deshalb schadet den deutschen Interessen, wer auf nationaler oder europäischer Ebene Anreize zur Konsolidierung der Staatsfinanzen untergräbt. Jede Ausdehnung der Staatsverschuldung schwächt die Binnenkonjunktur, weil strukturelle Ungleichgewichte verschärft statt kuriert werden, so dass Bürger und Unternehmen mit gesteigerter Vorsicht wirtschaften müssen. Das kaufkrafttheoretische Argument, in einer wirtschaftlichen Stagnation dürfe man sich nicht ‚kaputtsparen‘, ist bequem, aber falsch.“⁴

Gegner dieser Position sehen hierin eine einseitige und radikale Position und fordern mehr Vielfalt in der Debatte und Methodenpluralismus. Hätte man breiter diskutiert, so ihre These, wäre es nicht zu dieser Krise in Europa mit den aus ihrer Sicht brutalen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft gekommen.

Ebenso wurde der US-amerikanische Ökonom Paul Krugman zitiert, der 1999 über Deutschland und die deutsche Neigung zu eindeutigen Maximen schrieb: *“The real divide [...] is not political but philosophical; it's not Karl Marx vs. Adam Smith, it's Immanuel Kant's categorical imperative vs. William James' pragmatism. What the Germans really want is a clear set of principles: rules that specify the nature of truth, the basis of morality, when shops will be open, and what a Deutsche mark is worth. [...]in an environment where deflation is more of a threat than inflation, an obsession with sound money can be a recipe for permanent recession.”⁵*

Außerdem wurde kontrovers diskutiert, ob Deutschlands Fiskalpolitik als ein „Sonderweg“ bezeichnet werden kann. Einige Teilnehmenden argumentierten, dass Deutschland mit der Einführung der Schuldenbremse und dem Ziel des Abbaus struktureller Defizite keinen Sonderweg gegangen sei, sondern an Regeln (des Stabilitäts- und Wachstumspakts) festgehalten habe, die auf europäischer Ebene vereinbart wurden. Dagegen wurde argumentiert, dass die Regulationen, die auf EU-Ebene getroffen wurden, wesentlich von deutschen Politikern durchgesetzt wurden, die ihre europäischen Partner unter Druck gesetzt hätten. Es sei *„amüsant zu sagen, dass die Schuldenbremse kein deutscher Sonderweg sei [...] Europäische Regelungen, die Deutsche durchgesetzt haben, werden dann von den Deutschen benutzt um den anderen zu sagen, dass das was wir dann durchsetzen kein Sonderweg sei. Ich finde die Logik ein wenig absurd.“*

Es wurde angeführt, dass sich die Meinung vieler internationaler Partner seit der Finanzkrise geändert habe. Ein Teilnehmer vertrat dagegen den Standpunkt, dass für den IWF stets bei jeder Beteiligung an einem Hilfsprogramm in jedem Land essentiell war, dass die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen gewährleistet ist. Deswegen sei das Festhalten Deutschlands hieran kein deutscher Sonderweg, sondern der Mainstream seit eh und je.

Unter dem Schlagwort eines deutschen Sonderwegs wurde auch die Lohnentwicklung in Deutschland im Vergleich der Währungsunion zu den anderen europäischen Ländern diskutiert. Es sei als Sonderweg zu bezeichnen, dass die Lohnentwicklung in Deutschland in der Vergangenheit für lange Zeit im weit unterhalb derer anderer Länder lag. Dies hat entsprechend die Wettbewerbsposition verbessert. In den letzten Jahren sei es etwas besser geworden.

Für einige Diskutanten ist die These eines deutschen Sonderwegs in der Wirtschaftswissenschaft im Sinne einer dominanten analytischen Perspektive durchaus plausibel. Auch werden realpolitische

⁴ Hamburger Appell. Online unter: http://www.meudalismus.dr-wo.de/html/hamburger_appell.htm

⁵ Krugman, P. (1999): Why Germany Kant Kompete. Zitiert nach Krugman, P. (2004): The Great Unraveling: Losing Our Way in the New Century, Norton & Company: NYC.

Präferenzen in Deutschland unter dem Begriff eines deutschen Sonderwegs beurteilt. Andere Diskutanten lehnen den Ausdruck ab und betonen, dass sich Deutschland auf europäischer Ebene besonders für die langfristige Stabilität der Eurozone und die Durchsetzung gemeinsam vereinbarter Regeln einsetze.

Annex I: Agenda

Welche Fiskalpolitik in der Krise?

Am 03. Juli 2017, im Allianz Forum (Pariser Platz 6, 10117 Berlin)

09:00 Anmeldung und Kaffee

- 09:30 Begrüßung und inhaltliche Einführung
Prof. Dr. Gesine Schwan, HUMOBLDT-VIADRINA Governance Platform
Dr. Peter W. Heller, HUMOBLDT-VIADRINA Governance Platform

- 10:00 Input-Vorträge aus der Wirtschaftswissenschaft und aus Staat und Politik
Prof. Dr. Achim Truger, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR)
Helmut Herres, Bundesministerium der Finanzen

10:40 Kaffeepause

- 11:55 Diskussion zwischen allen Teilnehmenden

12:30 Mittagspause

- 13:30 Vortrag aus der Wirtschaftswissenschaft
Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker

- 14:00 Diskussion zwischen allen Teilnehmenden

14:45 Kaffeepause

- 15:00 Vertiefung in Kleingruppen: Implikationen für die Wirtschaftswissenschaften und die Politikberatung

- 15:45 Zusammenführung von Ergebnissen und Positionen

16:30 Weinempfang und Ausklang der Veranstaltung

Annex II: Übersicht der vertretenen Institutionen

Akademie Solidarische Ökonomie

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V.

Bundesministerium der Finanzen

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

DGE GmbH

Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW)

Freie Universität Berlin

Hertie School of Governance Berlin

Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW)

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR)

Humboldt-Viadrina Governance Platform

Initiative Plurale Ökonomik Münster

Institut für Wirtschaftsgestaltung

Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. (IASS)

Konrad-Adenauer-Stiftung

Max-Planck-Institut zur Erforschung der Gemeinschaftsgüter Bonn

MAZARS GmbH & Co.KG

Netzwerk Plurale Ökonomik e.V.

Süddeutsche Zeitung

Sustainable Europe Research Institute SERI Germany e.V.

Universität Siegen

verdi

WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.



HUMBOLDT-VIADRINA
Governance Platform

Kontakt

HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH
Pariser Platz 6 (Allianz Forum)
10117 Berlin

Telefon: +49 30 20620 130

Email: trialoge@governance-platform.org

Autorinnen: Dr. Audrey Podann, Marietta Müller

www.deutscher-sonderweg.de

Bericht vom 29.11.2017

Gefördert durch:



FGW
Forschungsinstitut
für gesellschaftliche
Weiterentwicklung
**Institute for
New Economic Thinking**